

Aktionstag gegen Kinder- und Familienarmut in Dithmarschen am 24. Januar 2023 in Heide

Dithmarschen ist in Schleswig-Holstein der ländliche Kreis mit der höchsten Kinderarmuts-Quote. Bei dem Aktionstag in Heide haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wohlfahrt, Politik, Verwaltung, Schule und Wissenschaft die Ursachen für diese Entwicklung analysiert und Lösungswege diskutiert. Dabei wurden vor allem die Bereiche Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Bildung in den Blick genommen und dazu untenstehende Forderungen formuliert.

Forderungen

Wohnen

In ländlichen Regionen gibt es kaum noch günstigen Wohnraum, der für einkommensarme Familien attraktiv bzw. zugänglich ist. Dörfliche Strukturen bieten meist ein gutes Netz an nachbarschaftlicher Unterstützung. Umgekehrt ist jedoch schnell bekannt, wenn jemand in prekären Verhältnissen lebt.

Weiter problematisch ist, dass immer mehr Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt werden und so Dauerwohnraum zur Miete verloren geht. Infolgedessen steigt auch in ländlichen Regionen das Mietniveau und der Standard sinkt.

Der Wohnraum in Dithmarschens Städten, der für Familien geeignet ist, ist oft nur im höherpreisigen Mietsegment zu finden. Zum 31.12.2022 lief die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten über die Grundsicherungsleistungen aus. Aufgrund der wirtschaftlich angespannten Lage geraten mehr Familien in Hilfebezug und werden aufgefordert, günstigen Wohnraum zu suchen, den es als solches nicht gibt. Es fehlt hier an Sicherungsstrukturen für die Familien, um Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Schaffung und finanzielle Förderung von generationsübergreifenden Wohnformen

Im ländlichen Bereich sollen alternative Wohnformen gefördert werden, in denen unterschiedliche Generationen zusammenleben. Ältere Personen können so einer jungen Familie im Alltag helfen, indem sie beispielsweise den Haushalt oder Wocheneinkauf übernehmen. Darüber hinaus sollen ältere Menschen, die in einer großen Wohnung leben und deren Kinder bereits ausgezogen sind, dabei unterstützt werden, in kleinere Wohnungen zu ziehen. Hier kann der Tausch von Wohnungen gefördert werden, allerdings ohne gravierende Mieterhöhungen.

Übernahme der „Hamburger Drittel-Regelung“ als Mindestgrenze für geförderten Wohnraum

Die Regelung würde vorsehen, dass je ein Drittel des neu geschaffenen Wohnraums sozial gebunden, frei vermietet oder als Eigentum geplant wird.

Umsetzung der Idee „wohnECK“ auch für Dithmarschen

Das in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg praktizierte Konzept „wohnECK“ soll auf dem am 13.02.2023 vom Kreis Dithmarschen in Heide veranstalteten Wohngipfel vorgestellt werden.

Vorkaufsrecht der Kommunen stärken

Beim Verkauf von Wohnraum sollten die Kommunen überall ein Vorkaufsrecht haben und dieses auch umsetzen.

Mobilität

Aktuell können sich Kinder und Jugendliche in ländlichen Regionen nachmittags nicht unabhängig von ihren Eltern bewegen. Die Teilnahme an Freizeitaktivitäten, Verabredungen oder Vereinssport ist für Kinder aus einkommensschwachen Familien kaum möglich. Wenn es überhaupt ein Auto in der Familie gibt, wird dies meist von einem Elternteil für den Weg zur Arbeit benötigt und steht daher den anderen Familienmitgliedern der Familie nicht zur Verfügung. Außerdem werden wegen der stark gestiegenen Spritkosten die Fahrten auf das Notwendigste begrenzt.

Busse fahren oft nur morgens und nachmittags zur Schülerbeförderung. Günstige Tickets sind auf Strecken im Kreis Dithmarschen begrenzt; das geht an der Lebenswirklichkeit Jugendlicher vorbei. Die Erfahrungen mit dem Neun-Euro-Ticket im Sommer 2022 haben gezeigt, dass sich der Aktionsradius von Kindern und Jugendlichen auf dieser Weise stark erweitert hat.

Auch Arztbesuche, Behördentermine oder Einkäufe sind mit dem bestehenden ÖPNV nur mit hohem Zeitaufwand und Kosten verbunden. Eine Berufstätigkeit ist ohne eigenes Auto in den ländlichen Regionen kaum möglich.

Neun-Euro-Ticket für Kinder und Jugendliche

Wir fordern ein günstiges Ticket für Kinder und Jugendliche, das zur Nutzung des Regionalverkehrs über Kreisgrenzen hinweg berechtigt. Auf dieser Weise könnte die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben enorm erweitert werden. Sie würden zusätzlich mehr Selbstständigkeit erlangen, Eltern von Fahrdiensten entlastet werden.

Ausbau des ÖPNV

In ländlichen Regionen muss der ÖPNV über den Schultransport hinaus ausgebaut werden. Dazu gehört eine Ausweitung des Linienverkehrs, aber auch die Förderung individueller Mobilität, z.B. über Bürgerbusse, Ruftaxen oder Carsharing (Dorfauto). Eine Mobilitäts-App könnte den Zugang erleichtern. Auch die Anschaffung und Reparatur von Fahrrädern sollte gefördert werden. Das kann im Rahmen nachbarschaftlicher Netzwerke passieren.

Bildung und Betreuung

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz kann oft nicht umgesetzt werden: Es fehlen ausreichend Kita-Plätze in der Gegend oder eine ÖPNV-Anbindung, die den Weg zur nächsten Kita abdeckt. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab der Vollendung des ersten Lebensjahrs wird mangels Angebot kaum durchgesetzt. Ein Einstieg in die Kita-Betreuung ist unabhängig vom Zeitpunkt des Bedarfs meist nur zum Schuljahresbeginn möglich.

Die Betreuungszeiten enden häufig schon um 14 Uhr. In Kombination mit den hohen Wegezeiten ist eine Berufstätigkeit beider Elternteile oder Alleinerziehender kaum möglich. Für Kinder, deren Eltern nicht berufstätig sind, werden in Dithmarschen nur die Kosten für fünf Stunden Betreuung übernommen. Zusätzliche Betreuung müssen die Eltern aus dem Regelsatz selber finanzieren.

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf schulische Ganztagsbetreuung ist in Dithmarschen in weiter Ferne.

Bildung von Anfang an

Alle Bildungsangebote müssen von Beginn an kostenfrei sein. Sie sollten ohne Voraussetzungen (z.B. Berufstätigkeit der Eltern) zugänglich sein. Gerade Kinder von nicht erwerbstätigen Eltern dürfen nicht durch verkürzte Betreuungszeiten von der Förderung ausgeschlossen werden. Die Öffnungszeiten müssen so gestaltet sein, dass sie eine auskömmliche Berufstätigkeit der Eltern abdecken. Bildungs- und Betreuungsangebote müssen bedarfsgerecht und wohnortnah ausgebaut werden, das gilt v.a. für U3-Betreuungsplätze.

Die Anmeldung muss papierarm und verständlich sein, die Kita-Datenbank muss benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Wir fordern eine regelmäßige Abfrage der Bedarfe von schulischen Ganztagsplätzen, so dass das Angebot regelmäßig angepasst werden kann

Chancengleichheit fördern und fordern

In der Betreuung muss ausreichend pädagogisch qualifiziertes Personal vorhanden sein, das auch Kinder mit besonderen Bedarfen fördern kann. Die Bildungsangebote in Kita und Schule müssen weiter ausgebaut werden, um gerechte Chancen zu sichern.

Die Finanzierungen müssen klar geregelt sein. Gerade der Ausbau der Schulbetreuung leidet an den Querelen der Zuständigkeiten.

Betreuungsangebote in „Brennpunkten“ und/oder weitläufigen ländlichen Bereichen sind stärker vom Fachkräftemangel betroffen – es bedarf eines Anreizes und einer besonderen Förderung der Qualifikation des Fachpersonals, das dort tätig sein soll.

Ernährung und Gesundheit

Immer mehr Familien sind auf Tafeln angewiesen. Das eigene Einkommen oder Transferleistungen reichen nicht aus, schon gar nicht für eine gesunde Ernährung. Teilweise ist nicht einmal genug Geld für die Selbstbeteiligung in Höhe von drei Euro da. Es ist zudem problematisch, die Tafeln überhaupt zu erreichen mangels ÖPNV. Die Mobile Tafel ist eine gute Ergänzung, kann aber nicht alle Regionen abdecken.

Das ärztliche Angebot mit Facharztpraxen und Krankenhäusern wird immer dünner. Oft ist medizinische Versorgung nur mit langen Anfahrtswegen zu erreichen.

Kostenloses Mittagessen

Familien sollten durch ein regelmäßiges kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen entlastet werden. Dabei ist die Qualität der Mahlzeiten ein wichtiger Faktor, um die Gesundheit zu fördern.

Grundsätzlich müssen die Grundsicherungsleistungen so angepasst werden, dass keine Familie mehr auf Lebensmittelausgaben wie die Tafel angewiesen ist.

Medizinische Versorgung sicherstellen

Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss verbessert werden. Das gilt unter anderem für die gynäkologische Versorgung. Schwangere mit wenig Geld haben oft Schwierigkeiten, Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen, weil es kein entsprechendes Angebot in erreichbarer Nähe gibt.

Prävention stärken

Eltern sollten in ihrer Kompetenz, Entwicklungsverzögerungen zu erkennen, gestärkt werden, z.B. durch den Versand der „Berliner Elternbriefe“. Die Finanzierung ist aus unserer Sicht Sache der Kommunen.

Für Rückfragen:

Diakonisches Werk Dithmarschen
Andreas Hamann
a.hamann@dw-dith.de

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Kathrin Kläschen
k.klaeschen@diakonie-sh.de
Christine Noack
c.noack@diakonie-sh.de



Diakonie 
Schleswig-Holstein